

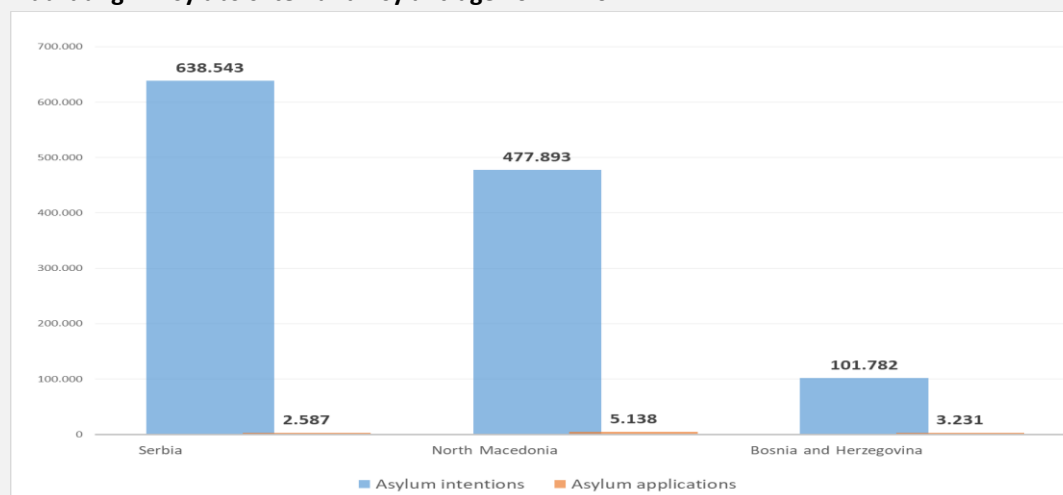
Irreguläre Migration und Ziellandentscheidung: Ändert sich die Zukunft von MigrantInnen in den Transitländern des Westbalkan?

Bernhard Perchinig & Marija Grujić

Die Ausgangslage

Seit 2015 nutzten fast 1,5 Millionen MigrantInnen die Balkanroute. Die meisten von ihnen blieben nicht in den Ländern des westlichen Balkans (WB), auch wenn das UNHCR seit Beginn der verstärkten Ankünfte in Serbien bis zu 640.000 Personen verzeichnete, die erklärten, in einem Westbalkanland um Asyl ansuchen zu wollen. Nur ein verschwindend kleiner Teil dieser Personen reichte tatsächlich einen Asylantrag ein (siehe Abbildung 1).

Abbildung 1. Asylabsichten und Asylanträge 2014 – 2021



Quelle: [UNHCR - Südosteuropa - Dashboard der Asylistatistik](#)

Heute, sieben Jahre später, gingen die Ankünfte in der EU zurück, aber auch die Zahl der Asylanträge in den Ländern des Westbalkan blieb niedrig. Wie die Daten über Asylanträge in

Westeuropa zeigen, haben die meisten MigrantInnen weiterhin die Absicht, die EU zu erreichen.

Frühere Untersuchungen zeigten, dass sich insbesondere bei Personen, die vor einem Krieg flohen, die anfänglichen Beweggründe für die Migration während des Migrationsprozesses nicht wesentlich ändern. Je nach Kontext, aktueller Situation im Herkunfts- sowie im Erstaufenthaltsland und den vorhandenen Routenoptionen kann es zu einer Anpassung der Ziellandentscheidung kommen - vor allem dann, wenn das Wunschzielland nicht erreicht werden kann und ein längerer Aufenthalt in einem oder mehreren Transitländern nötig wird.

Eine kürzlich vom ICMPD durchgeführte [Studie](#) analysiert die Ziellandentscheidungen bei MigrantInnen in den Ländern des Westbalkan. Die Studie beruht auf einer eingehenden Literaturanalyse, einer statistischen Analyse von Asylanträgen aus 176 Herkunftsländern in 180 Zielländern und der Auswertung von 69 qualitativen Interviews mit MigrantInnen und ExpertInnen in Bosnien und Herzegowina, Nordmazedonien und Serbien. Sie bietet Einblicke in die irreguläre Migration in der Region und die Entscheidungsfindung in Bezug auf die Zielländer. Weiters analysiert sie, was MigrantInnen dazu motivierte, in den Transitländern des Westbalkan zu verbleiben und sich auf einen längeren Aufenthalt dort einzurichten.

Ziellandwahl bei gemischten Migrationsbewegungen („mixed migrations“)

Während bei der freiwilligen Migration in der Regel bereits im Herkunftsland eine endgültige Ziellandentscheidung getroffen wird, führt erzwungene Migration in der Regel zunächst in eine benachbarte Region oder ein Nachbarland. In der Hoffnung auf eine baldige Rückkehr bleiben Flüchtlinge und Vertriebene zunächst eine Zeit in der Nähe des Herkunftsortes oder -landes.

Fehlende Rückkehrmöglichkeiten sowie fehlende Arbeits- und Integrationsmöglichkeiten im Erstschutzland erhöhen im Lauf der Zeit die Wahrscheinlichkeit, in wohlhabendere Länder, die als erstrebenswertes Ziel gelten, weiter zu migrieren. Aufgrund des begrenzten Zugangs zu legalen Migrationswegen, mangelnder Ressourcen und unvollständiger Informationen über die Migrationsbedingungen führen diese Entscheidungen häufig zu fragmentierten Reisen mit längeren Aufenthalten in einem oder mehreren Transitländern, wobei oft reguläre und irreguläre Grenzübertritte ohne oder mit der Hilfe von SchmugglerInnen kombiniert werden. So kann die Reise selbst mehrere Monate oder Jahre dauern, dabei kommt es immer wieder auch zu einer Änderung der Ziellandentscheidung.

Wie in der Literatur über „gemischte Migrationsbewegungen“ („mixed migration“) hervorgehoben wird, sind der Mangel an Entwicklungsperspektiven, insbesondere im Hinblick auf eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt, fehlende Bildungsperspektiven für die Kinder, sowie Korruption und schlechte Regierungsführung im ersten Zielland die wesentlichen Motive dafür, sich für ein neues Zielland zu entscheiden. Vor allem die westlichen „alten“ EU Mitgliedsstaaten gelten für MigrantInnen als jene Region, die ihnen und ihren Kindern eine bessere Zukunft bieten kann.

Die Ergebnisse der Literaturrecherche bildeten die Basis für ein statistisches Modell zur Erklärung der Unterschiede in der Verteilung der Asylanträge aus 180 Herkunftsländern in 176 Zielländern. Entsprechend der dazu durchgeführten Regressionsanalyse, die etwa 50 % der Unterschiede in der Verteilung der Asylanträge erklären konnte, ist das Niveau der menschlichen Entwicklung im Zielland, gemessen am Ranking des UN-Index zur menschlichen Entwicklung („Human Development Index“ HDI), der wirtschaftliche Entwicklung mit der sozialen Entwicklung kombiniert, der wichtigste Erklärungsfaktor für die Ziellandentscheidung. Neben dem HDI sind der Zugang zum Arbeitsmarkt, die öffentliche Meinung gegenüber MigrantInnen und das Image des Landes als Land mit fairen Asylverfahren weitere wichtige Variablen zur Erklärung der Unterschiede bei den Asylanträgen nach Ländern.

Menschen auf der Flucht treffen ihre Entscheidungen rational und berücksichtigen dabei die bisher gemachten Anstrengungen und ihre Zukunftsoptionen. Während die Entscheidung zur Flucht hauptsächlich auf Push-Faktoren wie Verfolgung oder Bürgerkrieg beruht, basiert die Entscheidung, in ein anderes Land zu ziehen, auf einer Abwägung der Zukunftschancen unter den Bedingungen begrenzter Ressourcen und geschlossener Grenzen.

Die strategische Entscheidung für ein neues Zielland spiegelt die ursprüngliche Absicht der MigrantInnen wider, Schutz zu finden und sich nach einer Fluchtphase wieder ein Leben aufbauen zu können. Wenn dies im Erstfluchtland nicht möglich ist und eine Rückkehr unrealistisch ist, ist es vernünftig, die bisher aufgewendeten finanziellen, emotionalen und persönlichen Ressourcen nicht an ein Ziel zu vergeuden, das keine nachhaltige Zukunft bietet. In diesem Zusammenhang sind die wohlhabenden „alten“ EU-Länder mit einem hohen Lebensstandard und hohen HDI-Werten logischerweise präferiertes Ziel. Gelingt es, in einem dieser Länder einen Asylantrag zu stellen, gibt es im Fall der Annahme die Chance auf einen dauerhaften Aufenthalt in einer stabilen Demokratie mit einem guten

Bildungs- und Gesundheitssystem und die Möglichkeit der Integration in den Arbeitsmarkt mit guten Beschäftigungschancen; im Falle der Ablehnung ist aufgrund der langen Verfahrensdauern zumindest die Chance auf einen vorübergehenden Aufenthalt und die Aufnahme temporärer, regulärer oder irregulärer Beschäftigung gegeben.

Gestrandete MigrantInnen in den westlichen Balkanstaaten - warum nicht dort bleiben?

Über den Westbalkan verläuft die kürzeste Landroute von der Türkei und Griechenland nach Westeuropa, daher wurde er in den letzten Jahren zu einem regionalen Transitgebiet für MigrantInnen auf dem Weg nach Europa. Strenge Grenzkontrollen und fehlende legale Einreisemöglichkeiten führten dazu, dass immer wieder MigrantInnen auf dem Weg aus und in die EU in den westlichen Balkanländern strandeten. Nach Angaben des [UNHCR](#) über „gemischte Migrationsbewegungen“ wurden im Oktober 2021 in den Westbalkanländern 26.280 MigrantInnen registriert, die meisten von ihnen aus Afghanistan, Bangladesh, Syrien, dem Iran und Pakistan.

Die meisten MigrantInnen, die die westlichen Balkanstaaten an der Grenze zu Griechenland erreichen, bleiben dort nur einige Stunden oder Tage, um sich zu erholen und weiterzuziehen. In Bosnien und Herzegowina und in Serbien ist die Situation anders. Aufgrund mangelnder Ressourcen und fehlender Möglichkeiten, die Grenze zur EU legal zu überschreiten, halten sich viele MigrantInnen dort für mehrere Monate oder sogar Jahre auf. Die Rückkehr in ihr Herkunftsland ist oftmals keine realistische Möglichkeit. Sie wollen in die EU, um genügend Geld für Rücküberweisungen an die Familie im Herkunftsland zu verdienen, oder um später die Familie nachholen zu können. Ein Aufenthalt in den Westbalkanländern, die einen niedrigeren Lebensstandard und eine höhere Arbeitslosigkeit aufweisen als die „alten“ EU-Länder, gehören nicht von vornherein zu ihren Zukunftsplänen. Nur wenige wissen genauer über die Lebensbedingungen in den Westbalkanländern bescheid. Obwohl viele über die Möglichkeiten eines Asylantrags informiert sind, entscheiden sie sich meist dafür, dort keinen Antrag zu stellen.

Diejenigen die versuchen, weiter zu migrieren, involvieren oftmals SchmugglerInnen, die ihnen beim illegalen Grenzübertritt helfen. Dabei sind sie oft mit gewaltsamen „Pushbacks“ durch die Grenzpolizei an den EU-Grenzen konfrontiert, die immer wieder auch zu schweren Verletzungen führen. Dennoch hält sie dies kaum davon ab, es immer wieder zu versuchen. Viele bezeichnen diese Versuche als „das Spiel“ („the game“), bei dem sie mit Glück und

Gottvertrauen immer wieder versuchen, die Grenze zur EU trotz des Risikos gewaltsamer Übergriffe zu überqueren.

Für die meisten MigrantInnen ist „Europa“ - im weitesten Sinne definiert als die „alten“ Mitgliedsstaaten der Europäischen Union - die Zielregion. Warum ziehen die Menschen auf der Flucht nicht in Erwägung, sich in den westlichen Balkanstaaten niederzulassen, anstatt sich weiter auf die riskante und gefährliche Reise in die EU zu begeben?

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass einige MigrantInnen es erwägen, sich in den Westbalkanländern niederzulassen. Es ist jedoch keine leichte Entscheidung – auch wenn sie die Bevölkerung als freundlich und unterstützend beschreiben, finden sie oft nur Jobs am informellen Arbeitsmarkt, und damit wenig ökonomische Stabilität. Da es auch kaum Möglichkeiten gibt, einen anderen legalen Aufenthaltstitel als den Flüchtlingsstatus zu bekommen, ziehen viele dann weiter, denn ein Flüchtlingspass aus einem Westbalkanland würde es ihnen unmöglich machen, in einem EU-Land um Asyl anzusuchen.

Obwohl er ein sehr positives Bild von Serbien hatte, beschrieb ein in Serbien befragter Syrer dies sehr treffend: *Es wäre besser, wenn Serbien in der Europäischen Union wäre.* Ein anderer Migrant, der sich nach wiederholten, schweren Misshandlungen durch die Grenzpolizei der EU Grenze gegen erneute Versuche der Grenzüberquerung entschied, betonte, dass die Entscheidung in Bosnien und Herzegowina zu verbleiben für ihn eine Gute war. Da die Löhne in den westlichen Balkanländern erheblich niedriger seien als in Westeuropa, käme dies allerdings für diejenigen nicht in Frage, deren Familien im Herkunftsland von substantiellen Geldüberweisungen abhängig sind.

Im Hinblick auf die Integration in den Arbeitsmarkt und langfristige Lebensperspektiven könnte der Verbleib in den westlichen Balkanstaaten für viele Geflüchtete eine nachhaltige Option darstellen. In vielen Ländern der Westbalkanregion stieg der Arbeitskräftemangel seit den 1990er Jahren aufgrund von Kriegsvertreibungen und der Abwanderung sowohl von gering als auch von hoch qualifizierten BürgerInnen und es gibt eine große Zahl offener Stellen. Mehrere befragte ExpertInnen betonten, dass ein Angebot an MigrantInnen, einen legalen Aufenthaltsstatus außerhalb des Asylsystems und einen legalen Arbeitsmarktzugang zu bekommen, dazu beitragen könnte, den Arbeitskräftemangel in Serbien zu beheben.

Die Studie bestätigte diese Ergebnisse und stellte einen ähnlichen Trend für das benachbarte Bosnien und Herzegowina fest. Dennoch gibt es auch Hindernisse wie der Zugang zu

Sprachkursen und beruflicher Weiterbildung, Qualifikationen müssten schnell und unbürokratisch anerkannt werden, und MigrantInnen bräuchten Unterstützung bei der Wohnungssuche.

Die Interviews mit den ExpertInnen in den ausgewählten Ländern bestätigen, dass sowohl nationale als auch internationale Stakeholder bereit sind, MigrantInnen dabei zu unterstützen, fundierte Entscheidungen über die Suche nach Schutz und Perspektiven für eine langfristige Integration in den Arbeitsmarkt zu treffen. Derzeit ist zumeist der Asylantrag für sie der einzige Weg zu einem legalen Aufenthalt. Viele würden ein weniger komplexes Verfahren vorziehen, das ihren Aufenthalt legalisiert und den Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht, bevor sie sich für einen Asylantrag entscheiden.

Unterstützung für fundierte Entscheidungen

Entscheidungen über das Zielland beruhen oft auf begrenzten Informationen von Verwandten oder Bekannten die bereits im Zielland leben oder die die MigrantInnen unterwegs kennengelernt haben. Während einige der interviewten MigrantInnen vor ihrer Ankunft in den westlichen Balkanländern bereits Informationen über die Verfügbarkeit legaler Wege hatten, so fehlten ihnen allerdings Informationen über die Lebensbedingungen und den möglichen Zugang zur Niederlassung, da diese Länder sowohl von ihnen selbst wie auch von ihren Informationsquellen vor allem als Transitländer verstanden wurden.

Die Ergebnisse der Studie zeigen auch, dass die Risiken der irregulären Migration den MigrantInnen mitunter bekannt sind und ihre Migrationskosten erhöhen, sie aber nicht davon abhalten, eine irreguläre Weiterreise in die nördlichen EU Staaten zu mindest zu versuchen.

Auch ein Mangel an Informationen über die EU-Asylvorschriften kann dazu führen, dass MigrantInnen nach Westeuropa weiterziehen: *Damals hatte ich keine Ahnung, dass wenn ich meine Fingerabdrücke erfassen lasse, ich entsprechend dem Dubliner Übereinkommen in Kroatien bleiben muss*, sagte einer der befragten MigrantInnen, der legal in den Westbalkan kam und nach dem Asylantrag in Kroatien irregulär in einen „alten“ EU-Mitgliedstaat weiterzog. Letztlich, um die Chancen auf Asyl in einem anderen EU-Land (anstatt Kroatien) zu verbessern, kehrte er an den Westbalkan zurück. Hätte er über seine (beschränkten) Möglichkeiten in Kroatien vorher besser Bescheid gewusst, wäre er von vornherein geblieben. Es fehlen verlässliche Informationen sowohl über das europäische Asylsystem als auch zu Integrationsbedingungen in den westlichen Balkanländern.

Schlussfolgerungen für mögliche Handlungsfelder

- **Das Verständnis der Ziellandentscheidung von MigrantInnen ist der Schlüssel für erfolgreiche Maßnahmen.**

MigrantInnen, die den westlichen Balkan erreichen und sich entschließen in die nördlichen EU-Länder weiterzuziehen, tun dies aufgrund fehlender nachhaltiger Zukunftsperspektiven im ersten Schutzland nach mehreren Monaten oder Jahren. Sie investierten ihre verfügbaren finanziellen, sozialen und symbolischen Ressourcen dafür, die Grenzen zur nördlichen EU zu erreichen um damit ihr Migrationsprojekt erfolgreich abzuschließen. Dabei geht es vor allem um realistische längerfristige Perspektiven in Bezug auf Aufenthalt, Arbeitsmarktzugang, Familienzusammenführung und Integration.

- **Die Migrationsbewegungen im Balkanraum sind fluid und von einer Süd-Nord-Dynamik geprägt.**

Unsere Ergebnisse zeigen, dass MigrantInnen, die die an die EU in Griechenland angrenzenden West-Balkan Ländern erreichen, meist nur ein paar Stunden oder einen Tag verbleiben und dann weiterreisen. Vor allem in Bosnien und Herzegowina und in Serbien kam es zu längeren Aufenthalten – einerseits wegen der Verschärfung der Grenzkontrollen zur EU, insbesondere den Reisebeschränkungen aufgrund der Covid-19-Pandemie, andererseits aber auch auf Grund von Verletzungen durch Pushbacks und fehlender finanzieller Mittel zur Weiterreise. Würden MigrantInnen bessere Informationen über die Asyl- und Migrationsbestimmungen in der EU aber auch den Bedingungen für den Zugang zum Arbeitsmarkt und die Integration in den westlichen Balkanländern bereits beim Grenzübertritt in die Westbalkan-Region bekommen könnte ihre Ziellandentscheidung informierter erfolgen. MigrantInnen, die ihre Entscheidung für ein Zielland überdenken, schrecken öfters davor zurück, einen Asylantrag in einem Land des westlichen Balkan zu stellen, da das Verfahren als kompliziert gilt und ein Flüchtlingspass aus einem Westbalkanland einen späteren Asylantrag in Westeuropa verunmöglicht. Ein Zugang zu einem legalen Aufenthalt und zum Arbeitsmarkt außerhalb des Asylsystems könnte diesen Entscheidungsdruck reduzieren.

- **Viele MigrantInnen beziehen ihre Informationen zu den Lebensbedingungen am Westbalkan von anderen MigrantInnen, SchmugglerInnen oder aus den sozialen Medien, eine sachliche und vertrauenswürdige Informationsquelle ist oft schwer zu finden.**

Zwar führt ein längerer Aufenthalt im Transitland dazu, dass die MigrantInnen ihr Wissen um die dortigen Lebensbedingungen verbessern, doch es fehlt ihnen meist eine sachliche Information über Zugang zum Arbeitsmarkt, die Asylbestimmungen und die Integrationsperspektiven vor allem in den westlichen Balkanstaaten. Eine bessere und zwischen den Westbalkanländern koordinierte Informationspolitik würde MigrantInnen dabei unterstützen, ihre Ziellandentscheidung auf fundierter Wissensbasis zu treffen. Ob die Einbeziehung von in der EU lebenden Diaspora-Mitgliedern in der Informationsvermittlung und/oder von Diaspora-Mitgliedern besetzte Hotlines dazu beitragen können, die Glaubwürdigkeit und Akzeptanz der Informationen zu erhöhen, sollte untersucht werden.

- **Die Zivilgesellschaft ist ein wichtiger Partner bei der Entwicklung und Umsetzung erfolgreicher Maßnahmen.**

Die Betreuung und Integration der Geflüchteten aus den Balkankriegen hat im Westbalkanraum eine aktive Zivilgesellschaft entstehen lassen, deren Erfahrung mit der Integration von Neuankömmlingen in den 1990er Jahren nun eine wertvolle Ressource darstellt. In den ersten Monaten der so genannten „Migrationskrise“ waren diese Netzwerke, Kenntnisse und Infrastrukturen im Angesicht der oftmaligen Überforderung staatlicher Strukturen ein Sprungbrett für die Bereitstellung grundlegender Hilfe. Die Einbindung der Zivilgesellschaft in eine langfristig angelegte Migrations- und Integrationspolitik ist ein wichtiger unterstützender Faktor für staatliche Einrichtungen. Zivilgesellschaftliche Organisationen sind daher wichtige PartnerInnen bei der Umsetzung erfolgreicher Maßnahmen in der Betreuung und Integration von MigrantInnen.

Literaturhinweise

Perchinig, B. Grujić, M. Baumgartner, P. Perumadan, J. (2022). [Analyse der Zusammenhänge zwischen Schutz, Entwicklungschancen und Entscheidungen über irreguläre Migration in einem Transitland Wien: ICMPD.](#)

Kontaktperson

Für mehr Informationen kontaktieren Sie bitte:

Veronika Bilger

Research Unit

International Centre for Migration Policy Development (ICMPD)

Gonzagagasse 1, 5th floor

1010 Vienna, Austria

Tel: +43 1 504 46 77 2327

Fax: +43 1 504 46 77 2375

Email: research@icmpd.org

ICMPD 2022. Alle Rechte vorbehalten. Dieses Projekt wurde durch wird vom österreichischen Bundesministerium für Inneres und der Europäischen Union (AMIF) finanziert und vom ICMPD durchgeführt. Die in der Publikation geäußerten Ansichten liegen in der Verantwortung der AutorInnen und geben nicht notwendigerweise die Meinung des ICMPD, der Europäischen Union oder des Bundesministerium für Inneres wieder.